

Statuten des Vereins (Version 3 vom Februar 2022)

„Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie Vorarlberg“

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

1. Der Verein führt den Namen „Verein zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie in Vorarlberg“.
2. Er hat seinen Sitz in Altach und erstreckt seine Tätigkeit auf das Bundesland Vorarlberg und das grenznahe Umfeld.
3. Eine Mitgliedschaft beim internationalen Verband der Gemeinwohl-Ökonomie ist beabsichtigt.
4. Der Verein führt neben der oben genannten Langform folgende Kurzformen:
 - GWÖ Vorarlberg
 - Gemeinwohlökonomie Vorarlberg

§ 2: Zweck

Der Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt die Entwicklung und Förderung von Initiativen zur Umsetzung, Verbreitung und Weiterentwicklung der Gemeinwohl-Ökonomie auf Basis des gleichnamigen Buches (Deuticke 2010, ISBN 978-3-552-06137-8) bzw. den darauf basierenden Weiterentwicklungen der Gemeinwohl-Ökonomie.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

1. Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
2. Für die Verwirklichung des Vereinszweckes vorgesehene Tätigkeiten sind:
 - a. Maßnahmen zur Gründung, Förderung, Vernetzung und Zertifizierung von nationalen und internationalen Initiativen, die der Verbreitung der Gemeinwohl Ökonomie dienen
 - b. Zivilgesellschaftliche Initiativen zur Veränderung des rechtlichen Rahmens im Sinne der Verwirklichung von Projekten oder Maßnahmen der Gemeinwohl-Ökonomie
 - c. Vorträge, Workshops und Seminare
 - d. Herausgabe von Publikationen
 - e. Öffentlichkeitsarbeit
 - f. Erarbeitung, Weiterentwicklung und Vermittlung der Gemeinwohl-Bilanz
3. Die erforderlichen finanziellen Mitteln zur Förderung und Verbreitung der Gemeinwohl-Ökonomie sollen aufgebracht werden durch:
 - a. Mitgliedsbeiträge
 - b. Subventionen und Förderungen
 - c. Spenden, Sammlungen, Vermächtnisse und sonstige Zuwendungen
 - d. Erträge aus Veranstaltungseinnahmen
 - e. Sponsorgelder
 - f. Werbeeinnahmen
 - g. Vermögensverwaltung (z.B. Zinsen, sonstige Kapitaleinkünfte, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, usw.)

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

Die Mitglieder des Vereins gliedern sich in ordentliche, außerordentliche und Ehrenmitglieder.

- a. Ordentliche Mitglieder sind jene, die einen Mitgliedsbeitrag bezahlen. Sie haben Sitz und Stimme in der Generalversammlung und können Vereinsfunktionen übernehmen.
- b. Außerordentliche Mitglieder sind solche, welche keinen Mitgliedsbeitrag bezahlen müssen. Ihr Beitrag besteht entweder in besonderer persönlicher Leistung (z.B. dem Verein mit beratender Stimme in besonderen Gremien zur Verfügung stehen, wie Beiräte mit Spezialwissen), oder sie unterstützen den Verein durch Zahlung von finanziellen Zuwendungen. Sie bezahlen keinen Mitgliedsbeitrag und haben weder Sitz noch Stimme im Vorstand oder in der Generalversammlung des Vereins.
- c. ordentliche Fördermitglieder sind solche welche den Verein durch regelmäßige finanzielle Zuwendungen unterstützen, welche über den Mitgliedsbeitrag hinausgehen. Sie haben Sitz und Stimme in den Gremien des Vereins wie ordentliche Mitglieder.
- d. außerordentliche Fördermitglieder / Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen sowie auch juristische Personen (z.B. Unternehmen, Gemeinden, Organisationen) werden.
2. Über die Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern entscheidet der Vorstand. Der Generalversammlung sind Neueintritte und Austritte ehestmöglich zur Kenntnis zu bringen.
3. Bis zur Entstehung des Vereins erfolgt die vorläufige Aufnahme von ordentlichen und außerordentlichen Mitgliedern durch die Vereinsgründer, im Fall eines bereits bestellten Vorstands durch diesen. Diese Mitgliedschaft wird erst mit Entstehung des Vereins wirksam. Wird ein Vorstand erst nach Entstehung des Vereins bestellt, erfolgt auch die (definitive) Aufnahme ordentlicher und außerordentlicher Mitglieder bis dahin durch die Gründer des Vereins.
4. Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt auf Antrag des Vorstands durch die Generalversammlung.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, durch freiwilligen Austritt und durch Ausschluss. Bei juristischen Personen endet die Mitgliedschaft auch durch Verlust der Rechtspersönlichkeit.
2. Der Austritt kann jederzeit mit sofortiger Wirkung erfolgen, muss dem Vorstand jedoch schriftlich oder per E-Mail mitgeteilt werden. Das austretende Mitglied hat keinen Anspruch auf anteilige Rückerstattung des Mitgliedsbeitrages.
3. Der Ausschluss eines Mitglieds aus dem Verein kann vom Vorstand auch wegen grober Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden, muss jedoch der folgenden Generalversammlung zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.
4. Die außerordentliche Mitgliedschaft erlischt automatisch mit dem Verlust der entsprechenden Vereinsfunktion.

5. Die ordentliche Fördermitgliedschaft erlischt automatisch mit der Einstellung der finanziellen Zuwendungen.
6. Die außerordentliche Fördermitgliedschaft / Ehrenmitgliedschaft erlischt mit Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft durch die Generalversammlung oder auf Antrag der Rechtsnachfolger*innen an die Generalversammlung.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die ordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der Mitgliedsbeiträge in der von der Generalversammlung beschlossenen Höhe verpflichtet. Der Vorstand kann in speziellen Fällen beschließen, den Mitgliedsbeitrag durch besondere Arbeitsleistungen zu ersetzen oder begründet zu reduzieren (z.B. StudentInnen, Arbeitslose, gemeinnützige Organisationen, etc.). Die Generalversammlung beschließt welches Mindestausmaß an Arbeitsleistung als Gegenleistung für den Mitgliedsbeitrag erbracht werden soll.
2. Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereins zu beanspruchen. Das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht stehen allen ordentlichen Mitgliedern zu.
3. Jedes Mitglied ist berechtigt, vom Vorstand die Aushändigung der Statuten zu verlangen.
4. Mindestens ein Zehntel der ordentlichen Mitglieder kann vom Vorstand die Einberufung einer Generalversammlung verlangen.
5. Die Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung des Vereins zu informieren. Wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder dies unter Angabe von Gründen verlangt, hat der Vorstand den betreffenden Mitgliedern eine solche Information auch sonst binnen vier Wochen zu geben.
6. Die Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren.
7. Alle Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck des Vereins Abbruch erleiden könnte. Sie haben die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten.
8. Außerordentliche Fördermitglieder/Ehrenmitglieder bezahlen keinen Mitgliedsbeitrag. Sie haben weder Sitz noch Stimme in der Generalversammlung.,

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).

§ 9: Generalversammlung

1. Die Generalversammlung ist die „Mitgliederversammlung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich einmal statt.
2. Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
 - a. Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung,
 - b. schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der Mitglieder,
 - c. Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG),

- d. Beschluss der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten),
 - e. Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators (§ 11 Abs. 2 letzter Satz dieser Statuten) binnen vier Wochen statt.
3. Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekanntgegebene E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand (Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c), durch die/einen Rechnungsprüfer (Abs. 2 lit. d) oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator (Abs. 2 lit. e).
 4. Anträge zur Generalversammlung können beim Vorstand ganzjährig per E-Mail eingereicht werden, zur Aufnahme auf die Tagesordnung jedoch mindestens vier Wochen vor dem Termin der Generalversammlung.
 5. Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
 6. Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied ist nicht zulässig.
 7. Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
 8. Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
 9. Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann/die Obfrau, in dessen/deren Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Wenn auch diese/r verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a. Beschlussfassung über den Budgetvoranschlag;
- b. Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts, des Rechnungsabschlusses und des Prüfberichtes der Rechnungsprüfer;
- c. Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- d. Entlastung des Vorstands;
- e. Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge;
- f. Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft;
- g. Die Generalversammlung hat ein Vetorecht gegen die vom Vorstand ausgesprochene Aufnahmen und Ausschlüsse von Mitgliedern
- h. Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- i. Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen.

§ 11: Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus mindestens 3 Mitgliedern, und zwar aus Obmann/Obfrau und, Schriftführer/in sowie Kassier/in.
2. Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung

- einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
3. Die Generalversammlung kann weitere Vorstandsmitglieder (mit oder ohne spezielle Funktion) wählen.
 4. Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt zwei Jahre; Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben. Einem rotierendem Prinzip ist der Vorzug zu geben.
 5. Der Vorstand wird vom Obmann/von der Obfrau, bei Verhinderung von seinem/seiner/ihrer/ihrer Stellvertreter/in, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch diese/r auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
 6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
 7. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des/der Vorsitzenden den Ausschlag.
 8. Den Vorsitz führt der/die Obmann/Obfrau, bei Verhinderung sein/e/ihr/e Stellvertreter/in. Ist auch diese/r verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
 9. Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung und Rücktritt.
 10. Die Generalversammlung kann beim Vorliegen von triftigen Gründen (Statutenwidrigem Verhalten, mangelnde Entlastung) jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
 11. Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung eines Nachfolgers wirksam.
 12. Der Vorstand ist ermächtigt auf Antrag eines potentiellen Mitglieds den von der Generalversammlung festgelegten Mitgliedsbeitrag, bei Vorliegen triftiger Gründe herabzusetzen. Dies kann insbesondere bei Sozialorganisationen und wirtschaftlich schwachen Privatpersonen erfolgen, wenn diese im Verein mitarbeiten.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins. Er ist das „Leitungsorgan“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:

1. Schaffung von Möglichkeiten für die Weiterentwicklung und Erreichung der Ziele der Gemeinwohl-Ökonomie
2. Unterstützung und Koordination der verschiedenen Projekte und Strategien zur Förderung der Gemeinwohl-Ökonomie, u.a. Entwicklung einer geeigneten Kommunikationsinfrastruktur
3. Einrichtung eines unterstützenden Beirats mit beratender Funktion für den Vorstand;
4. Markenschutz und -entwicklung wie z.B. Zertifizierung von nationalen Initiativen
5. Ausreichende Mittelbeschaffung,
6. Vorschlagen der Höhe der Beiträge für ordentliche und außerordentliche Mitglieder, sowie Nachlässe und Befreiungen;

7. Einrichtung eines den Anforderungen des Vereins entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
8. Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
9. Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a – c dieser Statuten
10. Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss (Rechenschaftsbericht)
11. Verwaltung des Vereinsvermögens;
12. vorläufige Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen und außerordentlichen Vereinsmitgliedern;
13. Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

1. Der Obmann/die Obfrau führt die laufenden Geschäfte des Vereins. Der/die Schriftführer/in unterstützt den/die Obmann/Obfrau bei der Führung der Vereinsgeschäfte.
2. Der/die Obmann/Obfrau vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des/der Obmanns/Obfrau und des Schriftführers/der Schriftführerin, in Geldangelegenheiten (vermögenswerte Dispositionen) des/der Obmanns/Obfrau und des Kassiers/der Kassierin. In Geldangelegenheiten bis zu einem Höchstbetrag von € 5.000,- ist der/die Kassier*in Einzelzeichnungsberechtigt.
3. Rechtsgeschäfte zwischen einzelnen Vorstandsmitgliedern und dem Verein bedürfen der vorherigen Einholung eines Vergleichsangebotes über das nach Bestbieterprinzip vom Vorstand zu entscheiden ist. Das betroffene Vorstandsmitglied stimmt dabei nicht mit.
4. Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
5. Bei Gefahr im Verzug ist der/die Obmann/Obfrau berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
6. Der/die Obmann/Obfrau führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
7. Der/die Schriftführer/in führt die Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
8. Der/die Kassier/in ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

§ 14: Rechnungsprüfer

1. Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
2. Den Rechnungsprüfern obliegen die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
3. Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 Abs. 9 bis 11 sinngemäß.

§ 15: Schiedsgericht

1. Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
2. Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum/zur Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
3. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.

§ 16: Freiwillige Auflösung des Vereins

1. Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
2. Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiven verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat.

§ 17: Verwendung des Vereinsvermögens bei Ausscheiden von Mitgliedern, bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des begünstigten Zwecks

„Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall des bisherigen begünstigten Vereinszweckes ist das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen jedenfalls für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke im Sinne der §§ 34ff Bundesabgabenordnung (BAO) zu verwenden. Soweit möglich und erlaubt, soll es dabei Institutionen zufallen, die gleiche oder ähnliche Zwecke wie dieser Verein verfolgen.“

Änderungen, Versionen

Am 12.06.2015, in Götzis, Bildungshaus St. Arbogast von der Gründungsversammlung in der Erstfassung genehmigt und beschlossen

Im Februar 2019 wurden die von der Jahreshauptversammlung 2018 beschlossenen Änderungen (Version 2) beantragt.

Im Februar 2022 wurden die von der Jahreshauptversammlung 2021 beschlossenen Änderungen (Version 3) beantragt.